

Antrag

der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Lena Strothmann, Peter Altmaier, Peter Aumer, Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, Klaus Brähmig, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Ingrid Fischbach, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Dr. Matthias Heider, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Dieter Jasper, Andreas Jung (Konstanz), Jürgen Klimke, Jens Koeppen, Andreas G. Lämmel, Ulrich Lange, Dr. h. c. Hans Michelbach, Dr. Mathias Middelberg, Stefan Müller (Erlangen), Michaela Noll, Dr. Georg Nüßlein, Franz Obermeier, Rita Pawelski, Ulrich Petzold, Eckhardt Rehberg, Dr. Heinz Riesenhuber, Albert Rupprecht (Weiden), Anita Schäfer (Saalstadt), Nadine Schön (St. Wendel), Dr. Frank Steffel, Kai Wegner, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Claudia Bögel, Dr. Erik Schweickert, Klaus Breil, Rainer Erdel, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Martin Lindner (Berlin), Christian Lindner, Dr. Hermann Otto Solms, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Wirtschaftsmacht Handwerk – Kein Wachstum in Deutschland ohne das Handwerk

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Einer der facettenreichsten Wirtschaftszweige und ein Kernstück der deutschen Wirtschaft ist das Handwerk. In über 140 Berufen sind technisches Verständnis, Kreativität und Flexibilität gefragt und in über 100 Ausbildungsberufen werden junge Menschen ausgebildet und auf ihr Berufsleben vorbereitet. Die Anforderungen werden jedoch auch im Handwerk immer höher, insbesondere im technisch-elektronischen Bereich. Die Vielzahl der neuen modernen Berufe in den letzten Jahren im Handwerk zeugen davon. Gerade mit dem Handwerk hat das duale Ausbildungssystem in Deutschland ein starkes Fundament, um das uns unsere europäischen Nachbarn beneiden. Bei jungen Menschen ist die Attraktivität des Handwerks durch die stabile Ausbildungsquote belegt. Umgekehrt zeigt diese Quote die Verantwortung der Unternehmer und Unternehmerinnen für die junge Generation und ihre Weitsicht hinsichtlich der Fachkräftesicherung im eigenen Betrieb. Dazu gehört auch die Notwendigkeit, in der Zukunft verstärkt das Potenzial der Frauen zu nutzen, sowohl als selbständige Unternehmerinnen, als Führungskräfte in einem Betrieb und auch grundsätzlich den Mädchen und Frauen die Perspektiven für einen handwerklichen Beruf zu eröffnen. Das Handwerk nutzt bereits erfolgreich das Potenzial der Menschen mit Migrationshintergrund. Es setzt auf Vielfalt und will auch in Zukunft die Chancen der dualen Ausbildung und der Beschäftigung im Handwerk für diesen Personenkreis bekannter machen.

Das Unternehmertum im Handwerk hat Zukunft, denn Innovationsfreude, regionale Verbundenheit und unmittelbare Nähe zum Kunden sind hier gegeben. Unverzichtbar sind jedoch Leistungsbereitschaft und überzeugende Qualität. Die beruflichen Perspektiven und Karrieremöglichkeiten sind im Handwerk ebenso vielfältig wie in anderen Wirtschaftszweigen, zumal attraktive berufliche Weiterbildungsangebote bestehen und auch eine Verknüpfung mit akademischen Studiengängen möglich ist.

Die qualitativ hochwertige berufliche Bildung in handwerklichen Ausbildungsberufen ist ein Qualitätsmerkmal für die deutsche Wirtschaft; der Meisterbrief ist dabei ein Ausweis hoher Qualität.

Das Handwerk hat etliche Wirtschaftskrisen überstanden, darunter langjährige, tiefgreifende und sogar strukturverändernde Krisen, wie z. B. im Baugewerbe ab Mitte der 90er-Jahre, als fast 700 000 Arbeitsplätze innerhalb eines Jahrzehnts verloren gingen. Die Wirtschaftskrise infolge der Finanzkrise von 2008 gilt in Deutschland als überwunden. Dies gilt auch für den Wirtschaftszweig Handwerk und dennoch gibt es trotz der verbesserten wirtschaftlichen Lage noch genügend Herausforderungen.

So müssen sich kleine und mittlere Betriebe mit vorwiegend regionaler Verwurzelung weiterhin mit europäischen Mitbewerbern auseinandersetzen und sich auf dem Markt neu positionieren und behaupten. In diesem Zusammenhang sollten die Vereinbarungen zu Basel III zur Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten sich auf die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe nicht unangemessen auswirken oder die Kreditversorgung beeinträchtigen.

Insbesondere die sichere Energieversorgung ist im Handwerk ein wichtiges Thema. Nicht nur die energieintensive produzierende Industrie wird durch die eventuelle Verteuerung der Energie belastet, auch das energieintensive Handwerk und kleine Handwerksbetriebe können den steigenden Kostendruck nicht ohne weiteres ausgleichen. Auch andere Kostenfaktoren wie beispielsweise die Rohstoffpreise spielen im Handwerk eine immer wichtigere Rolle.

Vorbildlich hat das Handwerk gesellschaftliche Fragen aufgegriffen und dabei auch neue Tätigkeitsfelder und Marktchancen erschlossen, sei es im Klimaschutz oder im Energiesparbereich durch Engagement bei Gebäudesanierungen. Auch allgemein im Bereich der erneuerbaren Energien, z. B. durch den Bau von Windparks oder im Bereich der Elektromobilität, sind diese zukunftssträchtigen Märkte ohne das Handwerk nicht denkbar. Im unmittelbaren Lebensumfeld vieler Menschen sind neue Tätigkeitsfelder für das Handwerk im Kontext des demografischen Wandels, z. B. durch den Bau seniorengerechter Wohnungen, nicht mehr wegzudenken.

Der demografische Wandel wird sich andererseits auch auf die Fachkräftesicherung im Handwerk auswirken, da die Anzahl qualifizierter Jugendlicher zukünftig sinken wird und in der Folge somit weniger Fachkräfte für die Betriebe zur Verfügung stehen werden. Innovationen und Wachstum im Wirtschaftszweig Handwerk sind nur möglich, wenn es ausreichend Fach- und Führungskräfte gibt.

Im Handwerk arbeiten in 988 000 Betrieben ca. 4,73 Millionen Menschen und fast 440 000 Lehrlinge. Somit sind 11,7 Prozent der Erwerbstätigen und 29,3 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland im Handwerk tätig. Sie erwirtschafteten 2010 einen Umsatz von rund 492 Mrd. Euro. Für dieses Jahr rechnet das Handwerk mit einem Wachstum von gut 3 Prozent. Die Zahl der Arbeitsplätze im Handwerk wird voraussichtlich um 25 000 zunehmen. Der Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland wird somit auch durch das Handwerk mit angetrieben.

Die Betriebsübergaben infolge eines betriebsinternen Führungswechsels und auch Existenzgründungen mit tragfähigen Konzepten spielen eine Schlüsselrolle für die Zukunftsfähigkeit des Handwerks in Deutschland. Betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Marketing und Kundenbindung sind Felder, in denen sich moderne Unternehmer und Unternehmerinnen des Handwerks auskennen müssen, wenn sie im regionalen oder auch europäischen Wettbewerb bestehen möchten.

Die Bereitschaft zur Unternehmensgründung bzw. -übernahme, die Begeisterung für das Unternehmertum im Handwerk und die entsprechenden Beratungsmöglichkeiten müssen weiterhin unterstützt werden. Die Bereitschaft, Jugendliche auszubilden und Beschäftigte einzustellen, muss durch Entbürokratisierung, steuerliche Entlastungen und Fördermöglichkeiten erhalten bzw. gesteigert werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

die Aktivitäten und Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung des Handwerks, darunter

- die im Rahmen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise zur Stabilisierung der Wirtschaft verabschiedeten Konjunkturpakete I und II, insbesondere mit der herausragenden Wirkung auf den Baubereich durch das kommunale Investitionsprogramm;
- die mit dem Konjunkturpaket I erfolgte Verdopplung der Steuerermäßigung für Bürger, die Handwerkerleistungen nach § 35a des Einkommensteuergesetzes (EStG) in Anspruch nehmen;
- die mit dem Konjunkturpaket I erfolgte Aufstockung der Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm;
- die Neuregelungen zur Erbschafts- und Unternehmensteuer;
- die Förderung der Maßnahmen der Berufsorientierung von Jugendlichen, insbesondere das Programm zur Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP), welches die Erprobung von Handwerksberufen ermöglicht;
- die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes;
- die geplanten Vereinfachungen laut Steuervereinfachungsgesetz.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel

1. die Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen nach § 35a EStG auf Basis der Untersuchung des Bundesrechnungshofs zur Wirksamkeit als Instrument gegen die Schwarzarbeit zu evaluieren;
2. im Rahmen der Fortentwicklung des Energiekonzepts zu prüfen, wie die wirtschaftliche und im Sinne der energetischen Einsparung anspruchsvolle Gebäudesanierung vorangetrieben werden kann (einschließlich der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vereinbarten Mietrechtsänderung) und wie ferner unangemessene Belastungen für energieintensive Betriebe vermieden werden können;
3. das Vergaberecht auch nach Prüfung des von der EU-Kommission vorgelegten Grünbuches so weiterzuentwickeln, dass sich auch kleinere Handwerksbetriebe an den Ausschreibungen mit Erfolgsaussichten beteiligen können und im Vergabeverfahren durchgängig Rechtsschutz haben;

4. zu prüfen, ob die einheitliche Umsatzgrenze bei der Ist-Besteuerung von über 500 000 Euro möglichst über 2011 hinaus beibehalten werden kann;
5. entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag sobald wie möglich Gesetzentwürfe vorzulegen, um kleine und mittlere Einkommen stärker zu entlasten und den sog. Mittelstandsbauch weiter abzubauen;
6. nach Möglichkeit Elemente zu vermeiden, welche die Substanz von Betrieben besteuern;
7. bestehende Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen sind nach dem Vorbild des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) ggf. zu straffen und transparenter zu gestalten. Außerdem soll geprüft werden, sie deutlicher an die Bedürfnisse des Handwerks anzupassen und stärker auf die Existenzgründungen und die Unternehmensnachfolge zu fokussieren;
8. Mädchen und Frauen bei der Entscheidung zu technischen und elektronischen Handwerksberufen zu unterstützen sowie
9. Unternehmerinnen im Handwerk bei der Existenzgründung und bei Betriebsübernahmen durch gezieltere Ansprache zu fördern.

Berlin, den 6. Juli 2011

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion